



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

Das Recht auf Schutz vor Corona für alle!

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid 19 Virus haben in Deutschland das öffentliche Leben deutlich reduziert. Was für manche Menschen entschleunigend wirken mag, bedeutet für einen großen Teil der Bevölkerung eine schwere Belastung und Herausforderung.

Immer deutlicher zeigt sich, dass vor allem benachteiligte Gruppen von der Krise und den staatlichen Einschränkungsmaßnahmen besonders betroffen sind. Als Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen möchten wir als Evangelische Jugend auf die Situation von geflüchteten Menschen in Deutschland in der Coronakrise aufmerksam machen. Zudem möchten wir betonen, dass wir besondere Unterstützungsleistungen für einen gleichberechtigten Umgang für alle Menschen fordern.

Abstand halten in Gemeinschaftsunterkünften nicht möglich

Sammelunterkünfte wie Ankerzentren, Erstaufnahmeeinrichtungen oder Transitzentren bieten keinen Platz, um einen ausreichenden Infektionsschutz vor dem Covid 19 Virus zu gewährleisten. In der Regel leben in einer Erstaufnahme bis zu 1000 Personen in prekären Wohnverhältnissen. Geteilte Zimmer, Speisesäle und Gemeinschaftstoiletten bieten keine Möglichkeit, die Hygienevorschriften in Bezug auf den Covid 19 Virus einzuhalten. Wenn es in einer deutschen Flüchtlingsunterkunft zu einer Corona-Infektion kommt, so wird im Regelfall die gesamte Einrichtung unter Quarantäne gestellt. Die komplette Abriegelung der Einrichtung wie in Thüringen oder Bayern bietet nach außen möglicherweise einen Schutz, jedoch steigt das Infektionsrisiko innerhalb der Einrichtung massiv an. Die Menschen werden sich selbst überlassen und haben keine Möglichkeit für eine Selbstquarantäne. Christian Jakob (Journalist „taz“) erklärt, dass die Informationslage sehr schlecht sei und meistens nicht in den notwendigen Sprachen. Die Bewohner*innen erhielten wenig Aufklärung und keine Informationen zur Länge der Ausgangssperre. Durch starke Polizeipräsenz wurden die Bewohner*innen zusätzlich verunsichert.¹ Ohne ausreichende Aufklärung können diese Maßnahmen zu einer Retraumatisierung führen. Einen landesweiten Zugang zu

¹ <https://taz.de/Corona-und-Gefluechtete/!5681898/>

mehrsprachigen Informationen über die Coronakrise sowie über die verschiedenen Maßnahmen ist daher unbedingt erforderlich.²

Die Evangelische Jugend fordert die Schließung der Sammelunterkünfte und eine Unterbringung in kommunale Gemeinschaftsunterkünfte, in denen eine bessere medizinische Versorgung sowie ausreichend Platz gewährleistet sind. In ihrer Forderung beruft sie sich auf den [Paragrafen 49, Absatz 2 im Asylgesetz](#). Dieser sieht vor, dass Flüchtlinge „aus Gründen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge“, nicht länger verpflichtet werden in Erstaufnahmestellen zu wohnen.

Unterstützung bricht weg

Durch die Zugangsbeschränkungen verschiedener Institutionen wie Rechtsberatungsstellen, das Jobcenter, die Ausländerbehörde oder Schulen fehlt es an Unterstützung und Begleitung. Für Kinder und Jugendliche in Erstaufnahmeeinrichtungen gilt die Schulpflicht in den meisten Fällen nicht. Nun kommt es durch Corona zu zusätzlichen Benachteiligungen.

Unterstützer*innen müssen die Angebote in den Einrichtungen auf unbestimmte Zeit pausieren. Durch fehlende Internetverbindungen oder nicht vorhandene technische Endgeräte können die Kinder nicht an digitalen Bildungsangeboten teilhaben. Eigenständiges Bearbeiten von Schulaufgaben ist so nicht möglich. Nicht nur für die Kinder, sondern auch für digitale Behördengänge und Beratungsangebote ist ein kostenfreier WLAN-Zugang flächendeckend in den Unterkünften unbedingt notwendig.

Wie in Teilen der Bevölkerung sind derzeit die Kinder in den Einrichtungen besonders häufig von häuslicher Gewalt betroffen. Durch Kontaktverbote, Arbeitsplatzverlust und Quarantäne wird die Problematik von häuslicher Gewalt, Kindeswohlgefährdungen und psychischen Erkrankungen verschärft. Es ist notwendig, dass soziale Betreuungsangebote zumindest stundenweise in den Unterkünften zur Verfügung stehen. Information, Unterstützung und persönliche Gespräche, um Ängste zu nehmen, sind unabdingbar. Wir fordern daher auch den Schutz geflüchteter Kinder in dieser Situation besonders zu berücksichtigen. Pädagogische Begleitung und Unterstützung muss bereitgestellt werden.

Wir fordern die Anerkennung der Mitarbeitenden in den Unterkünften als Systemrelevant, sodass der Zugang zu Kindernotbetreuungsangeboten wahrgenommen werden kann.

² <https://www.amnesty.de/informieren>

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/fluechtlingsunterkuenfte-coronavirus-ansteckung-fluechtlinge-quarantaene-social-distancing-gefluechtete>

Familiennachzug durch Corona Pandemie unmöglich?

Einige Botschaften und die meisten deutschen Auslandsvertretungen für Familiennachzugangelegenheiten wurden aufgrund der Coronakrise bis auf weiteres geschlossen. Die jahrelange Trennung von Familien durch gesetzliche Einschränkungen wird nun durch die Coronakrise verschärft. Zurzeit werden keine Termine für die Antragsstellung angeboten und keine angenommenen Anträge bearbeitet. Termine, die mit jahrelangem Vorlauf gebucht wurden, sind auf Eis gelegt.

Die Angehörigen von hier anerkannten Geflüchteten leben in den Herkunftsländern oder in den Flüchtlingslagern unter schwierigsten Bedingungen ohne ein funktionierendes Gesundheitssystem. Sie haben jedoch einen Anspruch auf ein Familienleben in Deutschland.³

*„Die Bundesregierung hat es auf der anderen Seite meisterhaft verstanden, rund 200.000 deutsche Urlauber*innen aus der ganzen Welt in organisierten Charterflügen nach Hause zu holen. Bei ein paar tausend Angehörigen von hier Schutzberechtigten, bei denen es um die Umsetzung ihres Grund- und Menschenrechts auf Familienleben geht, sind ebenso dringende Handlungen zu erwarten.“⁴*

Das Recht auf Familienzusammenführung ist gesetzlich geregelt. Wir fordern die Einhaltung dieses Rechts und einen genauso meisterhaften Einsatz für diese Menschen wie für deutsche Urlauber*innen.

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Franziska Vorländer

Projektleitung "JETZT erst recht! Religiöse Jugendverbände
gestalten Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft"

Telefon: 0511 1215-120

E-Mail: fv@aej-online.de

³ <https://www.proasyl.de/news/familiennachzug-corona-krise-trifft-getrennte-familien-hart/>

⁴ <https://www.proasyl.de/news/familiennachzug-corona-krise-trifft-getrennte-familien-hart/>